

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

- 1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung**
– Drucksachen 13/6868, 13/6869 (Materialband) –

Agrarbericht 1997

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**
– Drucksache 13/7795 –

- 3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD**
– Drucksache 13/7796 –

- 4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Egbert Nitsch (Rendsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksache 13/7810 –

- 5. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Günther Maleuda, Dr. Christa Luft, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS**
– Drucksache 13/7798 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 13/6868 und 13/6969 (Materialband) –

Agrarbericht 1997

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

A. Problem

Die Bundesregierung legt gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes jährlich bis zum 15. Februar einen Rechenschaftsbericht über die Situation der Landwirtschaft vor.

Im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/7795 wird dazu u. a. festgestellt, daß nach einer insgesamt positiven Einkommensentwicklung die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im laufenden Wirtschaftsjahr 1996/97 mit rückläufigen Einkommen rechnen müssen. Der Strukturwandel habe sich insbesondere vor dem Hintergrund ungünstiger Preis- und Einkommensperspektiven im Zeitablauf verstärkt und zu einer Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland geführt. Die Koalitionsfraktionen begrüßen in ihrem Antrag die unterschiedlichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Fortentwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Milchmarktpolitik, des Tierschutzes, des Naturschutzes sowie der Steuer- und Preispolitik. Die Bundesregierung wurde zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert wie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen zugunsten einer leistungsstarken und umweltverträglichen Landwirtschaft, zum Erhalt einer flächendeckenden Landbewirtschaftung sowie zum Festhalten an der sachlichen und finanziellen Schwerpunktbildung zugunsten der einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe.

Die Fraktion der SPD stellt in ihrem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7796 u. a. fest, daß die Agrarpolitik der Bundesregierung in Deutschland und in Europa in hohem Maße reformbedürftig sei. Dies zeige die vielfache Unzufriedenheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit den Agrarpreisen und den Erlösen, besonders für Milch und Rindfleisch. Auch die Öffentlichkeit beschäftige sich zunehmend mit der Agrarpolitik und deren Kosten, wobei der über 50%ige Anteil des EU-Haushalts für die Agrarpolitik in Europa Ärgernis hervorrufe. Auch die Verbraucher seien verunsichert wegen zahlreicher Skandale im Bereich der Nahrungsmittelgewinnung. Des weiteren wird auf die nachteiligen Auswirkungen einer in Teilen zu intensiven Landwirtschaft auf die Landschaft, auf die natürlichen Lebensräume der Tier- und Pflanzenwelt, auf die Gewässer sowie auf die Böden hingewiesen. Auch die Wettbewerbssituation für viele deutsche Landwirte sei im EU-Binnenmarkt und im expandierenden Weltmarkt nach wie vor schwierig. Im übrigen sei es der Bundesregierung bisher nicht gelungen, die Überschußsituation im Bereich von Milch und Rindfleisch in den Griff zu bekommen. Sie wird daher zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird in dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7810 bemängelt, daß der Agrarbericht 1997, der erstmals als gesamtdeutscher Agrarbericht vorgelegt worden sei, durch die Änderung der Auswertungsmethoden mit dem Vorjahresbericht nicht mehr vergleichbar sei. Dadurch werde die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft nicht realistisch wiedergegeben. Gleichwohl stelle die Bundesregierung eine positive Einkom-

mententwicklung der deutschen Landwirtschaft fest, obwohl sich die Lage in Wahrheit eher verschlechtert habe. Auch der Strukturwandel habe sich deutlich verschärft und damit auch die soziale Lage im ländlichen Raum. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen.

Die Gruppe der PDS weist in ihrem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7798 darauf hin, daß der Agrarbericht 1997 die Zielstellungen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU verfehlt habe, die Unsicherheiten bei der bäuerlichen Bevölkerung wachsen und die wirtschaftlichen Entscheidungen behindert würden. Die Bundesregierung prognostiziere in ihrem Bericht für das Wirtschaftsjahr 1996/97 wieder einen Rückgang der Unternehmensgewinne und kürze trotzdem den Agrarhaushalt. Sie nehme hierdurch den sich beschleunigenden Kurs der Zerstörung von Existenzen in der Landwirtschaft in Kauf. Die Bundesregierung wird dementsprechend zu einer Reihe von Maßnahmen aufgefordert.

B. Lösung

Einvernehmliche Kenntnisnahme des Agrarberichts 1997 der Bundesregierung auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869.

Annahme des Entschließungsantrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/7795 und Ablehnung der Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7796, 13/7810 und 13/7798.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Agrarbericht – Drucksachen 13/6868 und 13/6869 – zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/7795 – unverändert anzunehmen,
3. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/7796 – abzulehnen,
4. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/7810 – abzulehnen und
5. den Entschließungsantrag – Drucksache 13/7798 – abzulehnen.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Hans-Ulrich Köhler
Berichtersteller

Marianne Klappert
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Hans-Ulrich Köhler und Marianne Klappert

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 179. Sitzung am 6. Juni 1997 den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869 (Materialband) behandelt und federführend an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Gesundheit, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie die Gruppe der PDS haben zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7795, 13/7796, 13/7810 und 13/7798 eingebracht, die in derselben Sitzung an die oben aufgeführten Ausschüsse zur Beratung überwiesen wurden.

II.

1. Im Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. auf Drucksache 13/7795 wird zunächst festgestellt, daß nach einer insgesamt positiven Einkommensentwicklung im Wirtschaftsjahr 1995/96 die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe im laufenden Wirtschaftsjahr 1996/97 ein rückläufiges Einkommen gehabt hätten. Deutliche Gewinneinbußen seien bei den Futterbaubetrieben entstanden, so daß weiterhin eine äußerst angespannte Lage der Milchvieh- und Rindermastbetriebe zu erwarten sei. Der Strukturwandel habe sich insbesondere vor dem Hintergrund ungünstiger Preis- und Einkommensperspektiven im Zeitablauf verstärkt und zu einer Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im Jahre 1996 geführt. Begrüßt wird u. a., daß die Bundesregierung entsprechend der Beschlußfassung der Koalitionsfraktionen offiziell das deutsche Konzept zur Zukunft der EU-Milchmarktpolitik in Brüssel eingebracht habe, um das Milchgarantiemengensystem der EU über den 1. April 2000 hinaus fortzuführen und die bis Ende März 1998 befristete Sonderregelung Milch in den neuen Bundesländern um zwei weitere Jahre zu verlängern, die einzelbetriebliche Investitionsförderung auf der Grundlage des Agrarinvestitionsförderungsprogramms in Deutschland vereinheitlicht und gestrafft habe, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu verbessern, und Gesetzentwürfe zur Änderung des Gemeinschaftsaufgabengesetzes, zur Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, zur Änderung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und zur Änderung des Tierschutzgesetzes eingebracht habe, um eine Verbesserung in diesen Teilbereichen zu erzielen.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, die Rahmenbedingungen zugunsten einer unternehmerischen und leistungsstarken sowie umweltverträglichen, tierartgerechten und standortangepaßten Landwirtschaft weiter zu verbessern und wirksam zu flankieren und sich für den Erhalt einer flächendeckenden Landbewirtschaftung und zur Sicherung der ländlichen Strukturen sowie in Brüssel für die entsprechende Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel im Rahmen der Agrarleitlinie auch in Zukunft einzusetzen. Auch sollen die Wettbewerbsbedingungen weiterhin harmonisiert werden, insbesondere durch einheitliche europäische Standards im Umwelt-, Pflanzen-, Tier- und Verbraucherschutz auf hohem Niveau und die termingerechte Einführung der gemeinsamen europäischen Währung Euro und die zur Überwindung der BSE-Krise ergriffenen marktentlastenden, vertrauensbildenden und einkommensstützenden Maßnahmen fortgeführt werden. Zur Verbesserung der Entwicklung der ländlichen Räume sei die Land- und Forstwirtschaft in integrierte Konzepte einzubinden und durch die Förderung insbesondere von Einkommenskombinationen und außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen sollten die Perspektiven der Land- und Forstwirtschaft verbessert werden.

2. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/7796 enthält u. a. die Feststellung, daß die Agrarpolitik der Bundesregierung in Deutschland in hohem Maße reformbedürftig sei. Auch gebe es nachteilige Auswirkungen einer in Teilen zu intensiven Landwirtschaft auf die Landschaft, auf die natürlichen Lebensräume der wildlebenden Tier- und Pflanzenwelt, auf die Gewässer sowie auf die Böden, die von der Bundesregierung mit ihrer nationalen und europäischen Agrar- und Umweltpolitik nicht wirksam bekämpft würden. Darüber hinaus wird bemängelt, daß trotz Steigerung der Gewinne der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe in Deutschland im Wirtschaftsjahr 1995/96 im Durchschnitt eine ungleiche Entwicklung innerhalb der Landwirtschaft festzustellen sei. Trotz ungünstiger Einkommenssituationen und bestehender struktureller Mängel in der Landwirtschaft sei der Agrarhaushalt 1997 erneut abgesenkt worden.

Darüber hinaus bestreite die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise einen Reformbedarf der Agrarpolitik auf nationaler und europäischer Ebene. Die nicht gelösten Probleme auf wichtigen Agrarmärkten, die bevorstehenden WTO-Verhandlungen, die angestrebte Osterweiterung der EU, die ungebremste Liberalisierung des Welthandels sowie die notwendige Ökologisierung der Agrarpolitik und die Situation auf den Arbeitsmärkten erforderten grundlegende Änderungen der bisherigen Agrarpolitik und deren Weiterentwicklung.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, die zur Verfügung stehenden knappen Fördermittel des Bundes und der EU vorrangig für investive und nicht für konsumtive Zwecke einzusetzen und an ökologische Anforderungen zu binden. Auch solle sie Verzögerungen bei der Entscheidung des Planungsausschusses für Agrarstruktur und Küstenschutz in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) in Zukunft vermeiden und das Ergebnis der Prüfung der Förderungen in der Gemeinschaftsaufgabe, insbesondere der Ausgleichszulage, rechtzeitig vorlegen sowie die erforderlichen Konsequenzen aufzeigen. Besondere Anstrengungen seien zu unternehmen, um die landwirtschaftlichen Unternehmen in die Lage zu versetzen, den Bedingungen des Marktes auf dem EU-Binnenmarkt und auf den expandierenden Weltmärkten zu entsprechen. Weiterhin sollten sie die Interessen der deutschen und der europäischen Landwirtschaft und der Verbraucher sowie die Anforderungen des Umwelt- und Naturschutzes als auch des Tierschutzes wahrnehmen, um bei den künftigen agrarpolitischen Verhandlungen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der EU-Agrarreform, den bevorstehenden WTO-Verhandlungen und der angestrebten Osterweiterung eine Politik im Interesse der Landwirtschaft und der ländlichen Räume vornehmen zu können.

3. Im Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/7810 wird u. a. festgestellt, daß der Agrarbericht 1997 als gesamtdeutscher Bericht durch die Änderung der Auswertungsmethoden und die undifferenzierte Darstellung von landwirtschaftlichen Betrieben in Ost- und Westdeutschland ein Vergleich zum Vorjahr nicht mehr ermögliche. Die formale Vereinheitlichung und Summierung entspreche nicht der vielfältigen Agrarstruktur in den verschiedenen Regionen Deutschlands. Zudem verschleierte der Agrarbericht 1997 die negative Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland. Die Subventionen hätten 1996 erstmals den Produktionswert der Landwirtschaft überstiegen. Auch werde die Agrarpolitik der Bundesregierung der zunehmenden Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft nicht mehr gerecht. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sei nicht in Sicht. Aus dem Agrarbericht 1996/97 gingen keine Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft hervor, des weiteren fehlten tragfähige Konzepte für die Zukunft und deren Umsetzung.

Die Bundesregierung soll u. a. aufgefordert werden, im Agrarbericht künftig zu gewährleisten, daß eine differenzierte und realistische Einschätzung der Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft und eine Vergleichbarkeit zu vorherigen Jahren möglich bleibe und die Agrarpolitik und die Leitlinien des Agrarberichts zukunftsfähig gestaltet sowie die Marktentwicklung für regionale und Qualitätsprodukte angesichts der Finanzplanungen der EU deutlich vorangetrieben werden. Um den Bedürfnissen der Verbraucher eine höhere Bedeutung einzuräumen, sei die EU-Kommission mit Nachdruck aufzufordern, sich bei den zukünftigen WTO-Verhandlungen für die Berücksichtigung

verbraucherrelevanter Aspekte und die Aufnahme von sozialökologischen Standards einzusetzen. Schließlich seien die Kürzungen der Mittel für die GAK im nächsten Haushalt wieder rückgängig zu machen.

4. Der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/7798 – enthält u. a. die Feststellungen, daß die Bundesregierung den Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes nicht erfüllt und die Zielstellungen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU verfehlt habe. Die Einkommen in der Landwirtschaft seien nicht an die vergleichbarer Einkommensgruppen herangeführt worden. Die Agrarpolitik der Bundesregierung habe die Abhängigkeit der Landwirtschaft und der Ernährung der Bevölkerung vom Weltmarkt weiter verstärkt, während gleichzeitig die Nahrungsgüterexporte stiegen. Ihr Agrexportkonzept, das andere Konkurrenten vom Markt verdränge und damit deren Produktionskapazität zerstöre, sei nicht geeignet, den Hunger auf der Welt wirksam zu bekämpfen. Auch beschleunigten die Kürzungen im Agrarhaushalt die Zerstörung von Existenzen in der Landwirtschaft.

Die Bundesregierung soll u. a. aufgefordert werden, in zukünftigen Agrarberichten eine differenzierte Datenbasis und Einschätzung der Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern bereitzustellen und dem Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung aufgefordert werden, mit dem nächsten Agrarbericht ein Gesamtkonzept für die zukünftige Agrarpolitik vorzulegen, das die in dem Entschließungsantrag aufgeführten unterschiedlichsten Anforderungen enthalte. Schließlich soll die Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit den sozialen Auswirkungen des sich vollziehenden Strukturwandels in der Landwirtschaft widmen, um gleiche Entwicklungschancen für die Menschen im ländlichen Raum zu sichern.

III.

Der mitberatende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner 115. Sitzung am 8. Oktober 1997 die Vorlagen behandelt und den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868, 13/6869 (Materialband) einvernehmlich zur Kenntnis genommen. Auf eine Abstimmung über die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7795, 13/7796, 13/7810 und 13/7798 hat der Ausschuß verzichtet, da er festgestellt habe, daß sein Zuständigkeitsbereich kaum berührt sei.

Der mitberatende Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seiner Sitzung am 8. Oktober 1997 die Vorlagen beraten und beschlossen, den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868, 13/6869 einstimmig zur Kenntnis zu nehmen.

Zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7795 empfiehlt der Ausschuß mehrheitlich die Annahme. Die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7796, 13/7810 und 13/7798 wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für Gesundheit hat in seiner 102. Sitzung am 8. Oktober 1997 die Vorlagen behandelt und empfiehlt dem federführenden Ausschuß, den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869 zur Kenntnis zu nehmen. Der Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7795 wurde mehrheitlich angenommen, die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7796, 13/7810 und 13/7798 wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat seine Beratung zu den Vorlagen am 7. Oktober 1997 durchgeführt und den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868, 13/6869 einvernehmlich zur Kenntnis genommen sowie den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7795 mehrheitlich angenommen und die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7796, 13/7810 und 13/7798 mehrheitlich abgelehnt.

Der mitberatende Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 24. September 1997 die Vorlagen beraten. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuß, den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869 zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, bis Ende 1997 zum Thema „Urlaub auf dem Bauernhof“ detaillierte statistische Angaben vorzulegen.

Des weiteren hat der Ausschuß die Entschließungsanträge zum Agrarbericht 1997 behandelt und empfiehlt mehrheitlich, den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7795 anzunehmen sowie die Entschließungsanträge auf den Drucksachen 13/7796, 13/7810 und 13/7798 abzulehnen.

Der mitberatende Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Oktober 1997 den Agrarbericht 1997 sowie die dazu eingebrachten Entschließungsanträge behandelt. Er empfiehlt dem federführenden Ausschuß einvernehmlich, den Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869 zur Kenntnis zu nehmen. Zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 13/7795 hat der Haushaltsausschuß mehrheitlich die Zustimmung empfohlen sowie zu den Entschließungsanträgen auf den Drucksachen 13/7796, 13/7810 und 13/7798 mehrheitlich die Ablehnung empfohlen.

IV.

Der federführende Ausschuß hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Agrarbericht 1997 – auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869 sowie die Entschließungsanträge der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS in seiner 82. Sitzung am 29. Oktober 1997 behandelt. Der Ausschuß hat sich übereinstimmend darauf verständigt, daß nach der Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung der Vorlagen kein Aussprachebedarf mehr vorliege, da die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen und der Gruppe als bekannt vorausgesetzt würden.

Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus, die Bundesregierung aufzufordern, bis Ende 1997 zum Thema „Urlaub auf dem Bauernhof“ detaillierte statistische Angaben vorzulegen, wurde der Agrarbericht 1997 auf den Drucksachen 13/6868 und 13/6869 zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/7795 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der antragstellenden Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS angenommen.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/7796 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/7810 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/7798 – wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimme der antragstellenden Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 29. Oktober 1997

Hans-Ulrich Köhler

Berichterstatte

Marianne Klappert

Berichterstatte

